Landeshauptstadt München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 18. Juli 2024
Ausgabe 137
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **5**
Meldungen **5**
› Erinnerungs- und Gedenkraum für die Angehörigen des OEZ-Attentats 5
› Stadt München stellt neuen Personalbericht vor 6
› Wohnsituation junger Menschen 7
› Halbjahresbericht 2024 des Jobcenters München 10
› Spectacular zum Welt-AIDS-Kongress auf dem Marienplatz 12
› Fünf Schulen erhalten Münchner Schulpreis 13
› Erinnerungszeichen für Mieter*innen von GEWOFAG und GWG 15
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 16
› „Make it in Munich“ – Münchens virtuelle Fachkräfte-Offensive 16
› Förderpreise der Stadt im Tanz- und Theaterbereich 18
› Zeugnisfeier der MVHS für Mittel- und Realschüler*innen 18
› Vortrag „Wohnungsanpassung für Menschen mit Demenz“ 19
› NS-Dokuzentrum lädt ein zum Gespräch „Arbeit und… Trauma“ 19
Antworten auf Stadtratsanfragen **21**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Freitag, 19. Juli, 10 Uhr, Festaal im Alten Rathaus
Zeugnisübergabe an die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der Mittleren Reife und Mittelschule der Münchner Volkshochschule (MVHS). Begrüßung durch Yvonne Schütt, Programmbereichsleitung Jugend und Ausbildung. Eva Schießl, Leiterin des Geschäftsbereich Berufliche Schulen im Referat für Bildung und Sport, Gerhard Mayer, Leiter des Amtes für Wohnen und Migration, sowie Dr. Martin Ecker, Managementdirektor der Münchner Volkshochschule, sprechen Grußworte.
Achtung Redaktionen: Pressekontakt unter Telefon 48006-6188 oder per E-Mail an susanne.loessl@mvhs.de.
(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung
Freitag, 19. Juli, 10 Uhr, Fraunhoferstraße 21
Bürgermeisterin Verena Dietl und der Beauftragte für Sucht- und Drogenfragen der Bundesregierung, Burkhard Blienert, sprechen Grußworte bei der Einweihung des ersten symbolischen Drogenkonsumraums in Bayern. Die Aktion der Deutschen Aidshilfe und der Münchner Träger für Suchthilfe findet anlässlich der 25. Internationalen AIDS-Konferenz in München statt.
Achtung Redaktionen: Anfragen bitte an den Pressesprecher der Deutschen Aidshilfe, Holger Wicht, per E-Mail an presse@dah.aidshilfe.de.

Wiederholung
Freitag, 19. Juli, 11.30 Uhr, Marienplatz
Bürgermeisterin Verena Dietl spricht anlässlich des internationalen Gedenktags für verstorbene Drogengebraucher*innen. Gemeinsam mit Angehörigen und Freund*innen wird der Verstorbenen gedacht und allen in der Drogen- und Suchthilfe engagierten Mitarbeiter*innen für ihre Arbeit gedankt.

Wiederholung
Freitag, 19. Juli, 16 Uhr, Gelände der Großmarkthalle, Schäftlarnstraße 10
Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht ein Grußwort anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Münchner Tafel“.

Wiederholung
Freitag, 19. Juli, 17.30 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Bürgermeister Dominik Krause und Mobilitätsreferent Georg Dunkel zeichnen die Gewinnerteams beim STADTRADELN und Schulradeln aus.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotoaufnahmen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 19. Juli, 19 Uhr, Straßenfest in der Isabellastraße
Stadtrat David Süß (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich der Eröffnungsveranstaltung von Kunst im Karrée 2024.

Wiederholung
Montag, 22. Juli, 9.45 Uhr, Städtisches Willi-Graf-Gymnasium, Borschtallee 26
Das Städtische Willi-Graf-Gymnasium hat den Kabarettisten und Theaterpädagogen Timo Schweitzer zu Gast. Mit seinem EduGAYtion-Programm „Homologie" behandelt der Comedian Themen wie sexuelle Vielfalt, queere Lebensweisen und Toleranz, aber auch Homophobie, Mobbing und Diskriminierung queerer Menschen.
Die Veranstaltung wird unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Das Sozialministerium stellt das Programm seit 2022 für Bayerns Schulen kostenfrei zur Verfügung.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotoaufnahmen geeignet. Eine Akkreditierung ist erforderlich bis Freitag, 19. Juli, 16 Uhr, per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de.

Dienstag, 23. Juli, 10 Uhr, Städtische Berufsschule für Fachinformatik/ Systemintegration, Riesstraße 32
Die Städtische Berufsschule für Fachinformation/Systemintegration empfängt einen Bundestags- und fünf Landtagsabgeordnete zum Speeddating. Bei diesem Format der politischen Bildung führen die Schüler*innen gruppenweise Fragerunden mit den Abgeordneten durch und diskutieren aktuelle politische Themen. Zu Gast sind Ruth Waldmann (SPD), Claudia Köhler (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Alexander Dietrich (CSU), Julian Preidl (Freie Wähler), Daniel Föst (FDP), Theo Glauch (LINKE) und Markus Walbrunn (AfD). Durchgeführt wird das vom Bundesministerium des Innern und für Heimat geförderte Projekt „Politisch Mit(be)stimmen 2024 – Speed-Dating mit Politikerinnen und Politikern" von Dr. Marius Kleinknecht, Bildungsreferent bei der Deutschen Gesellschaft e.V., Gastgeber ist Schulleiter Bernd Reiber. Die Veranstaltung dauert bis zirka 12.30 Uhr.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Fotoaufnahmen geeignet. Eine Akkreditierung ist erforderlich bis Montag, 22. Juli, 16 Uhr, per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de.

Dienstag, 23. Juli, 12.30 Uhr, Technische Universität München, Immatrikulationshalle, Arcisstraße 21
Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk und Kulturreferent Anton Biebl stellen mit Markus Blume, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, bei einer Pressekonferenz das Ergebnis des Ideenwettbewerbs „Open Kunstareal" vor. Die Ausstellung dazu wird eröffnet von Professorin Dr. Claudia Peus, Vizepräsidentin der Technischen Universität München. Als Gäste wurden Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer, die Leitungen der Institutionen im Kunstareal, Vertretungen der Fördervereine des Kunstareals sowie Mitglieder der Fachjury eingeladen.
Moderiert wird die Pressekonferenz von Laura Schieferle, Leitung der Geschäftsstelle Kunstareal München.

Dienstag, 23. Juli, 16.30 Uhr, Walchenseeplatz 15
Die Stadt München setzt Erinnerungszeichen für ehemalige Mieter*innen der früheren städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG. Zur Gedenkveranstaltung sprechen Stadträtin Heike Kainz (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Dr. Doris Zoller, Vorsitzende der Geschäftsführung der Münchner Wohnen.
Im Anschluss ab 17. 30 Uhr werden die Erinnerungszeichen gesetzt für Fritz Hausmann (Walchenseeplatz 15), Richard Sicher (Perlacher Straße 51), Franz Kohn (Landlstraße 3), Theodor Sternau (Soyerhofstraße 24) und Alois Koller (Rotbuchenstraße 33).
Achtung Redaktionen: Um Anmeldung per E-Mail an presse.erinnerungszeichen@gmail.com wird gebeten. Pressekontakt: Dr. Dominik Petzold (im Auftrag des Kulturreferats) telefonisch unter 0170-2083481 oder per E-Mail an presse.erinnerungszeichen@gmail.com.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 23. Juli, 18 Uhr, Munich Urban Colab, Freddie-Mercury-Straße 5
Bürgermeister Dominik Krause überreicht mit der Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl, dem Referenten für Arbeit und Wirtschaft, Clemens Baumgärtner, dem Mobilitätsreferenten Georg Dunkel, Stadtdirektor Edwin Grodeke in Vertretung der Kommunalreferentin sowie Stadtdirektor Boris Schwartz in Vertretung der Klima- und Umweltschutzreferentin die Innovationspreise der Landeshauptstadt München 2024.
Die Preise werden jährlich für die besten Lösungsvorschläge zu städtischen Aufgabenstellungen vergeben. Die Gewinnerteams bekommen die Möglichkeit, ihre Idee in einer Co-Creationphase mit der Stadtverwaltung weiterzuentwickeln und in einem realen Testfeld zu erproben.

Achtung Redaktionen: Zutritt zu der geschlossenen Veranstaltung nur mit gültigem Presseausweis.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 25. Juli, 19.15 Uhr, Pfarrsaal der Katholischen Pfarrgemeinde Christus Erlöser (St. Stephan), Lüdersstraße 12 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf-Perlach).

Donnerstag, 25. Juli, 19.30 Uhr, Mensa Grundschule/Mittelschule Schrobenhausener Straße 17 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Meldungen

Erinnerungs- und Gedenkraum für die Angehörigen des OEZ-Attentats
(18.7.2024 – teilweise voraus) Der Verwaltungs- und Personalausschuss des Stadtrats hat auf Vorschlag von Oberbürgermeister Dieter Reiter beschlossen, einen Erinnerungs- und Gedenkraum für die Angehörigen des Attentats am Olympia-Einkaufszentrums dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Immobilie in Moosach steht dazu in Aussicht. Derzeit steht den Angehörigen ein kleiner Raum in der Ladenzeile des Rathauses in der Dienerstraße zur Verfügung. Dort kommen die Angehörigen und deren Unterstützer*innen aus der Zivilgesellschaft zusammen, um zu erinnern, zu gedenken und zu trauern. Der Raum wird den Angehörigen unentgeltlich überlassen. Diese Nutzung war von Anfang an als vorübergehende Raumlösung gedacht.
Die Fachstelle für Demokratie und das Kommunalreferat waren daher bereits vor über einem Jahr vom Oberbürgermeister mit der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zur Einrichtung eines dauerhaften Erinnerungs- und Gedenkortes beauftragt worden. Idealerweise sollte sich dieser in der Nähe des Moosacher Bahnhofes befinden – also in unmittelbarer Nähe zum Tatort des rechtsterroristischen Attentates von 2016 sowie in dem Viertel, in dem die meisten Angehörigen leben. Die Suche gestaltete sich äußerst schwierig, erst kürzlich konnte eine geeignete Räumlichkeit gefunden werden. Kurz vor dem 8. Jahrestag des Attentats am OEZ hat der

Stadtrat nun offiziell den Weg für eine langfristige Anmietung dieser Fläche geebnet.
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Das schreckliche rechtsterroristische Attentat, das neun Menschen jäh aus dem Leben gerissen hat, darf nicht vergessen werden. Mit dem Stadtratsbeschluss und der Gedenkveranstaltung erinnern wir an die neun Opfer des rechtsterroristischen und rassistischen Attentats am Olympia-Einkaufszentrum vom 22. Juli 2016: Armela Segashi, Can Leyla, Dijamant Zabërgja, Guiliano Kollmann, Hüseyin Dayıcık, Roberto Rafael, Sabine S., Selçuk Kiliç und Sevda Dağ. Der Stadtrat hat jetzt den Weg bereitet, um den Angehörigen und Hinterbliebenen des Attentats eine dauerhafte Perspektive für ihre Trauer- und Gedenkarbeit vor Ort in Moosach zu eröffnen. Dafür bedanke ich mich. Ich wünsche den Angehörigen viel Kraft für ihren weiteren Weg."
Am Montag, 22. Juli, findet ab 17 Uhr auch dieses Jahr das städtische Gedenken gemeinsam mit den Angehörigen zur Tatzeit am Denkmal statt. Bei dem rechtsterroristischen und rassistischen Attentat am 22. Juli 2016 wurden neun Menschen getötet und 35 verletzt, 13 davon schwer.
Weitere Informationen zur Gedenkveranstaltung unter *https://ru.muenchen.de/2024/136/Gedenkveranstaltung-zum-8-Jahrestag-des-Attentats-am-OEZ-113897.*

Stadt München stellt neuen Personalbericht vor
(18.7.2024) Das Personal- und Organisationsreferat hat einen wichtigen Schritt in Richtung einer modernen und effizienten Personalberichterstattung gemacht. Der Verwaltungs- und Personalausschuss des Stadtrats hat jetzt ein neues, zeitgemäßes Format für den jährlichen Personalbericht beschlossen. Dieser umfassende Jahresbericht fasst alle bisher getrennten Berichte zusammen und bietet eine übersichtliche und ganzheitliche Darstellung der Personalangelegenheiten der Landeshauptstadt München.
Der jährliche Personalbericht informiert über die Personalstruktur mit den wichtigsten Zahlen des zurückliegenden Kalenderjahres. Neben den Personalzahlen werden wichtige Themen der Personal- und Organisationsarbeit des Berichtsjahres aufgegriffen. Stichtag ist jeweils der 31. Dezember.
Andreas Mickisch, Personal- und Organisationsreferent: „Der neue Personalbericht zeigt, wie vielfältig unsere Belegschaft ist. Und er belegt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Besonders freut es mich, dass wir in vielen Bereichen so gut vorankommen. Die Stadt München punktet mit vielen verschiedenen Einsatzmöglichkeiten und Arbeitsmodellen, die zum Leben passen. Wir arbeiten weiter daran, die Stadt als attraktive und moderne Arbeitgeberin zu stärken."

Die Arbeitgeberin Stadt München in Zahlen

Als größte kommunale Arbeitgeberin Deutschlands verzeichnete die Landeshauptstadt München im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg der Kernbeschäftigten (+ 451 Personen) und zählte zum Stichtag 31. Dezember 2023 rund 39.000 Kernbeschäftigte. Die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte ist der Arbeitgeberin ein wichtiges Anliegen: Gut 2.000 Auszubildende befanden sich zum Stichtag in einem Ausbildungsverhältnis bei der Stadt München.

Erfreulich ist der hohe Anteil von Frauen in Führungspositionen (2023: 1.930 Frauen und 1.922 Männer). Ein Ziel bleibt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter in Richtung ihres Anteils an den Gesamtbeschäftigten weiterzuentwickeln.

Hohe Diversität, Offenheit und kulturelle Vielfalt prägen das Arbeiten bei der Landeshauptstadt München. Die Beschäftigten der Landeshauptstadt München kommen aus 116 Nationen.

Die Landeshauptstadt München ist eine familienfreundliche Arbeitgeberin. Die Stadt bietet flexible Arbeitszeiten und fördert Teilzeit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Stadtweit lag die Teilzeitquote der Kernbeschäftigten im Jahr 2023 bei 37,4 Prozent und hat sich damit in den letzten fünf Jahren um 2,8 Prozentpunkte erhöht (2018: 34,6 Prozent).

Im Jahr 2023 haben die Recruiter*innen des Personal- und Organisationsreferats mehr als 3.000 Stellen bei der Stadt München besetzt. Insgesamt wurden 1.506 interne Kolleg*innen zur Umsetzung und 1.613 externe Bewerber*innen zur Einstellung ausgewählt. Dabei bestand Kontakt zu fast 16.500 Bewerber*innen, mehr als zwei Drittel davon extern. Die Anzahl der externen Einstellungen ist im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch, da im Jahr 2023 verschiedene Sammelausschreibungen abgeschlossen werden konnten und so eine Vielzahl an Personen eingestellt wurde.

Die Landeshauptstadt München gehört zu den besten Ausbildern Deutschlands. Das breite Spektrum an Ausbildungsberufen und dualen Studiengängen ist ein Spiegel der vielfältigen Aufgaben der Stadt. Mehr als 1.000 neue Nachwuchskräfte beginnen jährlich ihre Ausbildung oder ihr duales Studium im Team Stadt München. Der Fokus liegt verstärkt auf der eigenen Ausbildung als Investition in die Zukunft.

Der Personalbericht 2023 steht unter *go.muenchen.de/personalbericht* zum Download bereit.

Wohnsituation junger Menschen

(18.7.2024) Der Stadtrat hat sich heute in einer gemeinsamen Sitzung von Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung sowie Kommunalausschuss mit der Wohnsituation junger Menschen in München befasst. Grundlage des Beschlusses

war ein Stadtratshearing, das 2023 unter intensiver Beteiligung junger Menschen stattgefunden hat.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die Lage auf dem Münchner Wohnungsmarkt ist bekanntermaßen sehr angespannt und junge Menschen haben wenig Chancen, eine freifinanzierte Wohnung anzumieten. Junge Menschen sind deshalb schon lange im Fokus der Stadt, wenn es um Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum in München geht. Im wohnungspolitischen Handlungsprogramm ‚Wohnen in München VII' sind junge Menschen explizit eine der genannten Zielgruppen. Es gibt das AzubiWerk München, dessen Ziel es ist, mindestens 1.000 Wohnungen für Auszubildende zur Verfügung zu stellen. Das Hearing zeigt aber: Der knappe Wohnraum ist immer noch einer der Hauptgründe, aus denen junge Menschen aus München wegziehen oder in prekären Wohnsituationen leben. Deshalb hat der Stadtrat heute eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die ausgebaut oder entwickelt werden sollen."

- Förderung Junges Wohnen: Der Bund hat ein Sonderprogramm „Junges Wohnen" zur Förderung von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende erlassen. Der Freistaat Bayern erhält hier vom Bund ab 2023 jährliche Fördermittel in Höhe von 78 Millionen Euro und steuert selbst noch einmal 38 Millionen Euro pro Jahr hinzu, um das Wohnen von Auszubildenden und Studierenden zu fördern. Damit ist es seit kurzem erstmalig möglich, auch Azubi-Wohnheime mit staatlichen Wohnungsbaufördermitteln zu finanzieren. Die Stadt prüft nun, ob eine ergänzende kommunale Azubi-Förderung notwendig ist, um eine auskömmliche Finanzierung der Projekte in der LHM zu erreichen.
- „StarterWohnen": Mit dem Pilotprojekt „Junges Wohnen" der ehemaligen städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG am Elisabeth-Castonier-Platz, welches 2021 im Rahmen der Quartiersentwicklung Riem Ost in der Messestadt realisiert wurde, werden die Grundlagen einer Wohnform erprobt, die sich insbesondere an junge Menschen und junge Berufsanfänger*innen richtet. Im Rahmen der Fortschreibung der Wohnform sollen unter dem Begriff „StarterWohnen" die Rahmenbedingungen und Ausgestaltungsmöglichkeiten weiterentwickelt werden. Im Kontext des nächsten Bauvorhabens unter Beteiligung des AzubiWerks mit der Münchner Wohnen entstehen in Freiham neben 191 Apartments für Auszubildende auch 39 Wohnungen in der Wohnform StarterWohnen, weitere Projekte sind angedacht.
- Konzeption von temporären modular aufgebauten (Holz-)Bausystemen: Nach dem Vorbild der sogenannten „Pop-up dorms", die in der Seestadt Aspern in Wien entstanden sind, sollen kurzfristig temporäre Wohnformen geschaffen und auch mehrmals umgesetzt werden. Dabei sollen insbesondere auch Flächen berücksichtigt werden, die aufgrund einer

späteren Nutzung oder anstehender Überplanungen derzeit freigehalten werden oder untergenutzt sind. Für diese Nutzung sollen modulare (Holz-)Bausysteme zum Einsatz kommen, die für den wiederholten Standortwechsel ausgelegt sind und eine flexible, an die Gegebenheiten der Standorte anpassbare Aufstellung ermöglichen.

- Temporäre Wohnformen: Entwicklung von Konzepten für gemeinschaftliche Wohnformen und Wohnbedarfe für junge Menschen. Dazu sollen geeignete städtische Grundstücke mit einem absehbaren Baurecht von bis zu 850 Quadratmetern Geschossfläche erschlossen und auch temporär zur Verfügung gestellt werden. Das Konzept soll weiter beinhalten, dass Träger befristet Wohnraum von Hauseigentümer*innen anmieten, der an junge Menschen weiter untervermietet werden kann.
- Zwischenwohnen: Es sollen Modelle entwickelt werden, die es in Kooperation mit Trägern ermöglichen, befristet Wohnraum von Hauseigentümer*innen anzumieten, der dann wiederum befristet an junge Menschen weiter untervermietet werden kann. Leerstehende Immobilien, die der Stadt zur temporären Anmietung angeboten werden, sollen an Träger/Wohlfahrtsverbände zur Umsetzung von Wohnprojekten weiterempfohlen werden.
- Genossenschaftliches Wohnen für junge Menschen: Die mitbauzentrale münchen ist zentrale Beratungsstelle für alle Bürger*innen, die ein gemeinschaftsorientiertes Wohnprojekt in München gründen wollen. Die mitbauzentrale organisiert eine Veranstaltung, die Akteure jungen Wohnens zusammenbringt mit dem Ziel, Wohnraum für die jungen Menschen zu schaffen und etwa eine Sozialgenossenschaft zu gründen.
- Ausweitung der Sozialen Gewährleistung (Bürgschaften) auf junge Menschen: Im Rahmen der sogenannten Sozialen Gewährleistung übernimmt die Stadt bereits heute Bürgschaften gegenüber Vermieter*innen. Das Instrument wurde im Jahr 1997 eingeführt, um Haushalte, die bereits wohnungslos sind oder denen Wohnungslosigkeit droht, zu unterstützen. Im Rahmen dieser Maßnahme können bis zu 200 Bürgschaftsverträge jährlich abgeschlossen werden. Die abgeschlossenen Verträge bewegten sich unter 80 Verträgen jährlich. Das nicht genutzte Kontingent von rund 100 Verträgen jährlich soll nun im Rahmen eines Pilotprojekts jungen Menschen (bis 27 Jahre) zugänglich gemacht werden. Voraussetzung soll sein, dass die Haushalte für eine geförderte Wohnung oder eine Wohnung im München Modell Miete beim Amt für Wohnen und Migration registriert sind. So ist sichergestellt, dass eine Bürgschaft Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen zugutekommt.
- Schnittstelle Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe: Eine weitere Herausforderung ist der Übergang aus der stationären Jugendhilfe in eigenständiges Wohnen. Insbesondere junge Menschen, die noch nicht über

eigenes, regelmäßiges und ausreichendes Einkommen verfügen, haben kaum eine Chance darauf, eine eigene Wohnung anmieten zu können, um dort selbstständig zu leben. Für spezifische Bedarfslagen junger Erwachsener soll deshalb in der Kistlerhofstraße eine flexibilisierte Einrichtung mit Anteilen der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe geschaffen werden. Als Ergänzung zum bestehenden Angebot (Wohnungslosenhilfe) sollen rund 20 Plätze (Jugendhilfe) als Modellprojekt erprobt und evaluiert werden.
- Entwicklung einer „Fair"mieter*innen-Kampagne gemeinsam mit jungen Menschen, um Bestandswohnraum im Rahmen des Belegrechtsprogramms „Soziales Vermieten leicht gemacht" für die Zielgruppe zu akquirieren.
- Unter Beteiligung von jungen Menschen soll ein Konzept für eine Informationsstelle zum Themenfeld Wohnen und ein digitales Informationsangebot speziell für junge Menschen erarbeitet werden.
- Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung von Fortbildungsangeboten, E-Learning und regelmäßige Informationsveranstaltungen für Fach- und Lehrkräfte zum Themenfeld Wohnen.

Halbjahresbericht 2024 des Jobcenters München

(18.7.2024) Das Jobcenter München hat heute im Sozialausschuss des Stadtrats seinen Halbjahresbericht 2024 vorgestellt. In der Landeshauptstadt München sind demnach derzeit 52.316 (Datenstand März 2024) erwerbsfähige Menschen in 39.212 Bedarfsgemeinschaften auf das Bürgergeld angewiesen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verzeichnet im März (aktuellster, revidierter Wert) eine gleichbleibende Tendenz gegenüber den Vormonaten und ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent, die der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 0,9 Prozent angestiegen. Aktuell sind 22.154 Arbeitslose im Rechtskreis SGB II in München gemeldet; dies entspricht einem Anstieg um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Rund 31.000 erwerbsfähige Menschen mit ausländischem Pass beziehen in München Bürgergeld, davon 6.487 Geflüchtete aus der Ukraine in einem Alter von über 15 Jahren (März 2024 aktuellster, revidierter Wert). Der Anteil an Frauen beträgt hierbei 71 Prozent. Das Jobcenter München berät und unterstützt beim Eintritt in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt.

Der zu Beginn des Jahres von der Bundesregierung ins Leben gerufene Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten startete zur rechten Zeit. Das Jobcenter München erkennt, trotz der konjunkturell schwierigen Rahmenbedingungen, bei der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen eine positive Entwicklung. Insgesamt konnten durch die Unterstützung des Jobcenters seit Beginn 2015 (bis Februar 2024) 24.720

Personen mit Staatsangehörigkeit der acht Asylherkunftsländer in den Arbeitsmarkt integriert werden. Gerade die Integration der Geflüchteten aus der Ukraine stellt für das Jobcenter aktuell eine große Herausforderung dar. Seit Anfang 2022 konnten 1.406 Ukrainerinnen und Ukrainer durch das Jobcenter in den Arbeitsmarkt integriert werden (Datenstand bis Februar 2024).

Anette Farrenkopf, Geschäftsführerin des Jobcenter München: „Den meisten zugewanderten Menschen fehlen jedoch die Grundlagen, um als Fachkraft im Arbeitsmarkt durchzustarten: Über 50 Prozent der Geflüchteten in München haben keine Berufsausbildung und benötigen sprachlich noch mehr Unterstützung. Genau hier setzen die seit Februar 2024 und im Rahmen des Job-Turbo eingeführten Berufssprachkurse (Job-BSK) an, die gezielter auf den konkreten Bedarf am Arbeitsplatz ausgerichtet sind. Aufbauend auf den Integrationskursen bereitet der Job-BSK die Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Geflüchtete auf das Erwerbsleben in Deutschland vor."

Seit April 2024 hat das Jobcenter München mit einer eigenen App sein digitales Angebot erweitert. Die App erleichtert den flexiblen Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen des Jobcenters. Push-Nachrichten informieren in Echtzeit über wichtige Ereignisse, Neuigkeiten oder Veranstaltungen, gleichzeitig bietet die App eine direkte Anbindung an die digitalen Angebote unter *www.jobcenter.digital*. Hier können Anträge auf Bürgergeld eingereicht, das Mitteilen einer Veränderung erledigt oder ein Weiterbewilligungsantrag gestellt werden.

Im Juni 2024 wurde das Jobcenter München im Rahmen eines Festaktes in Berlin mit dem deutschen Excellence-Preis der Initiative Ludwig-Erhard-Preis e. V. (ILEP) ausgezeichnet. Diesen Preis erhalten Organisationen und Unternehmen in Deutschland als Anerkennung überzeugender und vorbildlicher Leistungen im Qualitätsmanagement. „Über die Auszeichnung mit dem Ludwig-Erhard-Preis freuen wir uns sehr und ich bin stolz auf unsere Organisation sowie auf unsere Mitarbeitenden", sagt Anette Farrenkopf. „Diesen Erfolg werden wir zum Anlass nehmen, unsere zu Beginn gemeinsam erarbeiteten Qualitätsansprüche weiter zu entwickeln – alles darauf ausgerichtet, den Erwartungen unserer Kundinnen und Kunden fortwährend gerecht zu werden".

Spectacular zum Welt-AIDS-Kongress auf dem Marienplatz

(18.7.2024) Ein Spectacular vor dem Rathaus, ein Dackel mit roter Aids-Schleife, soll auf den bevorstehenden Welt-AIDS-Kongress (22. bis 26. Juli) einstimmen und die rund 15.000 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in München willkommen heißen. Nicht erst seit den Olympischen Spiele 1972 ist der Dackel ein Münchner Symbol und Sympathieträger. Oberbürgermeister Dieter Reiter unterstreicht die Bedeutung, dass München als Austragungsort des renommierten internationalen Großkongresses ausgewählt wurde und betont: „Jährlich erkranken immer noch weit über eine Million Menschen an AIDS. Über 600.000 Menschen sind allein im Jahr 2022 an den Folgen einer HIV-Infektion gestorben. AIDS gehört damit zu den zehn tödlichsten Krankheiten auf unserem Planeten. Deshalb müssen wir darüber reden und das Thema wieder prominenter auf die Tagesordnung setzen. Genau das will der weltweite AIDS-Kongress, der alle zwei Jahre stattfindet und dieses Jahr in München. Ich heiße alle Teilnehmenden der Konferenz herzlich willkommen und wünsche eine erfolgreiche Konferenz!"

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft und sein Kongressbüro waren gemeinsam mit der Messe München, dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, der Deutschen Aidshilfe, dem Deutschen AIDS-Gesellschaft e.V., dem Münchner Aids-Hilfe e.V. und weiteren Partnern intensiv an der Bewerbung um den Welt-AIDS-Kongress beteiligt. Weitere Unterstützung erhielt die Münchner Bewerbung durch die Polish Scientific AIDS Society als Vertreter der osteuropäischen Länder.

Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Es ist großartig, dass wir mit unseren gemeinsamen Anstrengungen um diese bedeutsame internationale Konferenz erfolgreich waren. Unsere Stadt bietet die besten Voraussetzungen für Medizinkongresse. Forschung, Lehre und Wirtschaft sowie der damit einhergehende Wissenstransfer spielen in München ideal zusammen. Umfeld, Veranstaltungsorte, Infrastruktur und Kongressindustrie schaffen perfekte Rahmenbedingungen. Es erfüllt uns mit Freude und Stolz, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Welt-AIDS-Kongresses in München begrüßen zu dürfen."

Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München: „Wir heißen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 25. Internationalen AIDS-Konferenz herzlich willkommen. Es ist uns eine große Ehre, Gastgeber dieser Veranstaltung zu sein, die einen wichtigen Beitrag zur globalen HIV-Bekämpfung leistet. Wir freuen uns darauf, Wissenschaftler, Mediziner, Gesundheitsexperten und Aktivisten aus der ganzen Welt für neue Lösungen zur Eindämmung von HIV bei uns zu vernetzen. Die Messe München ist in der Kongressbranche als ein zuverlässiger Partner für internationale Großkongresse bekannt. Mit der AIDS-Konferenz einen der

weltweit größten Kongresse umsetzen zu dürfen, bestätigt das Vertrauen in uns einmal mehr."
Mit seinen viereinhalb Metern Länge und drei Metern Höhe ist der Dackel auf dem Marienplatz nicht zu übersehen. Er bleibt bis zum 26. Juli stehen und bietet sich als Foto-Spot im Stadtzentrum an.
Achtung Redaktionen: Weitere Informationen zum Welt-AIDS-Kongress sowie Fotos zum Download unter *einfach-muenchen.de/aids-konferenz.*

Auf dem Bild (© Moritz Röder/RAW) zu sehen sind v.l.n.r.: Dr. Tobias Oliveira Weismantel (Geschäftsführer der Münchner Aids-Hilfe), Professor Dr. Christoph Spinner (Technische Universität München TUM, Local Chair des Welt-Aids-Kongresses), Professor Dr. Johannes Bogner (Ludwig-Maximilians-Universität München, Local Chair des Welt-AIDS-Kongresses), Stefan Rummel (Geschäftsführer der Messe München), Dr. Elisabeth Waldeck (Geschäftsbereich Gesundheitsschutz, Gesundheitsreferat), Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek, Oberbürgermeister Dieter Reiter, Clemens Baumgärtner (Referent für Arbeit und Wirtschaft), Dr. Reinhard Pfeiffer (Geschäftsführer des Messe München), Bijan Farnoudi (Director Communications & Public Affairs, International AIDS Society IAS) und Benedikt Brandmeier (Geschäftsbereichsleiter Tourismus, Veranstaltungen und Hospitality im Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Fünf Schulen erhalten Münchner Schulpreis
(18.7.2024) Schulen sind hervorragende Orte, um Demokratie zu lehren und zu leben. Das wurde beim Münchner Schulpreis deutlich, der jetzt zum vierten Mal verliehen worden ist. Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes war die diesjährige Auslobung dem Thema „Demokratie in meiner Schule" gewidmet.
36 Schulen beteiligten sich an dem dreistufigen Verfahren des Münchner Schulpreises 2024 und beeindruckten die 25-köpfige Fachjury mit ihren Konzepten. Durchsetzen konnten sich am Ende die Grundschule an der St.-Veith-Straße (Kategorie Grundschule), das Förderschulzentrum Mün-

chen Mitte 1 (Kategorie Förderschulen), die Mittelschule Wittelsbacherstraße und das Städtische Bertolt-Brecht-Gymnasium München (Kategorie Weiterführende Schulen) sowie die Berufsschule für Versicherungs- und Personalwesen (Kategorie Berufliche Schulen).

Verleihung des Münchner Schulpreises. (Foto: Tobias Hase/RBS)

Der Münchner Schulpreis ist mit 30.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre vom Referat für Bildung und Sport vergeben. Zur Fachjury gehören Pädagog*innen, Mitglieder der Münchner Stadtschüler*innenvertretung und aller Stadtratsfraktionen sowie Vertreter*innen aus der Wissenschaft und der pädagogischen Verwaltung. Die Schirmherrschaft trägt Stadtschulrat Florian Kraus.
Wie lassen sich demokratische Prinzipien wie Meinungsvielfalt und Toleranz im Schulalltag einüben? Wie lässt sich die Bedeutung demokratischer Freiheits- und Menschenrechte veranschaulichen und eine Kultur der Partizipation fördern? Zu den Antworten, die die teilnehmenden Schulen auf diese Fragen fanden, gehörte die Einsetzung von Schüler*innen-Parlamenten und anderen Mitbestimmungsgremien, die Etablierung eines Generationendialogs und die Kooperation mit externen Partnern ebenso wie die mediale Aufbereitung von Demokratie-Themen in Schülerzeitungen, Schulradio- und Podcast-Produktionen.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Der Münchner Schulpreis kennt nur Gewinner. Auch wenn wir fünf Erstplatzierte ausgezeichnet haben, profitiert doch jede Schulfamilie von der Teilnahme. Demokratie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Zu verstehen, wie zentral Demokratie auch für die persönliche Freiheit ist, und das demokratische Bewusstsein bei den Schü-

ler*innen zu schärfen, ist die große Leistung des diesjährigen Schulpreises."
Stadtschulrat Florian Kraus: „Wir leben in einer Zeit, in der die Grundlagen unserer Demokratie oft auf die Probe gestellt werden. Umso wichtiger ist es, dass bereits in der Schule die Prinzipien der Demokratie nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt werden. Die Einreichungen beim Münchner Schulpreis sind großartige Beispiele, wie das gelingen kann. Vielen Dank an alle teilnehmenden Schulen, vielen Dank auch an die Mitglieder unserer Fachjury, die diesen Preis erst möglich machen."

Erinnerungszeichen für Mieter*innen von GEWOFAG und GWG
(18.7.2024) Zehn Auszubildende der Münchner Wohnen GmbH haben zu Schicksalen von früheren Mieterinnen und Mietern der GEWOFAG und GWG (heute: Münchner Wohnen) geforscht, die in der NS-Zeit verfolgt und ermordet wurden. Jetzt werden für sie Erinnerungszeichen in Obergiesing und Harlaching gesetzt. Damit erhalten die so brutal aus ihrem Umfeld herausgerissenen Menschen zumindest symbolisch wieder einen Platz in der Stadtgesellschaft. Am Dienstag, 23. Juli, um 16.30 Uhr findet zu ihren Ehren eine Gedenkveranstaltung am Walchenseeplatz 15 statt.
Bei der Gedenkveranstaltung sprechen Stadträtin Heike Kainz (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. Doris Zoller, Vorsitzende der Geschäftsführung der Münchner Wohnen, Ellen Presser, Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern, Christoph Wilker für die Zeugen Jehovas, Lena Jansen und Dina Coskun, Auszubildende der Münchner Wohnen, sowie Carmen Dullinger-Oßwald, Bezirksausschuss 17 (Obergiesing-Fasangarten).
Im Anschluss ab 17.30 Uhr werden Erinnerungszeichen gesetzt am Walchenseeplatz 15 für Fritz Hausmann, Perlacher Straße 51 für Richard Sicher und Landlstraße 3 für Franz Kohn. Ab 18.30 Uhr folgen in der Soyerhofstraße 24 die Erinnerungszeichen für Theodor Sternau mit Dr. Anais Schuster-Brandis (Bezirksausschuss 18) und in der Rotbuchenstraße 33 für Alois Koller.
Dr. Doris Zoller, Vorsitzende der Geschäftsführung der Münchner Wohnen: „Für uns sind die Erinnerungszeichen ein Teil unserer Unternehmenskultur der Vielfalt und Offenheit. Die Lebensläufe zeigen auf erdrückende Weise, wie wichtig es ist, dass wir uns alle für eine Gemeinschaft ohne Rassismus und für Wertschätzung engagieren."
Zum zweiten Mal hat das städtische Wohnungsbau-Unternehmen das erinnerungskulturelle Projekt gemeinsam mit Public History im Kulturreferat umgesetzt. Zu Projektbeginn hatten die Auszubildenden der Münchner Wohnen nur wenige Informationen wie die Namen, Geburts- und Sterbedaten zur Verfügung. Sie erschlossen sich unter fachlicher Anleitung von

Public History München anhand ganz unterschiedlicher Archivquellen die Lebenswege der als Juden verfolgten Münchner Bürger*innen.
„Wir sind sehr stolz darauf, die Lebensgeschichten von fünf Menschen weitergeben zu dürfen, die von den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten ermordet wurden. Wir möchten mithilfe der Erinnerungszeichen ihre Geschichten am Leben erhalten und gerade in solchen Zeiten wie heute einen Beitrag leisten, damit sich nicht wiederholt, was in der NS-Zeit Schlimmes passiert ist", sagen die am Projekt beteiligten Auszubildenden der Münchner Wohnen.
Unter *erinnerungszeichen.de* können die von den Auszubildenden verfassten Biografien dieser Münchner nachgelesen werden.

Über die Erinnerungszeichen

Erinnerungszeichen werden seit 2018 an Orten angebracht, an denen Menschen lebten, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Die Erinnerungszeichen bestehen aus gebürstetem Edelstahl und sind vergoldet. Es gibt sie als Wandtafeln an der Fassade und als Stelen auf öffentlichem Grund. Sie enthalten die wichtigsten Lebensdaten, Angaben zum Schicksal und – falls vorhanden – ein Bild.
Weitere Informationen unter *www.erinnerungszeichen.de* und *www.map.erinnerungszeichen.de*.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(18.7.2024) Die nächste Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Stadt München findet am Dienstag, 23. Juli, ab 16 Uhr als öffentliche Veranstaltung statt. Die Sitzung wird online mit „webex meetings" abgehalten. Der Einwahllink wird rechtzeitig vor der Sitzung unter *https://stadt.muenchen.de/infos/kommission-stadtgestaltung.html* veröffentlicht.
Folgender Tagesordnungspunkt wird behandelt:

- Wiedervorlage aus der Sitzung der Stadtgestaltungskommission vom 14.5.2024, Hochstraße 3 + 5 / Rosenheimer Straße 30 + 32, Energetische Fassadensanierung der Obergeschosse (Holiday Inn), Entwurfsverfasser: Biedermann und Partner, München, Bauherr: Hochstraße 3 Hotelgesellschaft.

Achtung Redaktionen: Rückfragen an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Hauptabteilung IV – Lokalbaukommission, Telefon 233-24358, E-Mail stadtgestaltungskommission@muenchen.de.

„Make it in Munich" – Münchens virtuelle Fachkräfte-Offensive

(18.7.2024) Das Referat für Arbeit und Wirtschaft startet im Rahmen seiner Fachkräftestrategie das bisher größte digitale Projekt des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes (MBQ): „Make it in Mu-

nich". Die neue offizielle Website *make-it-in-munich.com* für Fach- und Nachwuchskräfte aus dem Ausland soll helfen, den Mangel an qualifizierten Fach- und Nachwuchskräften in der Stadt abzumildern.
In München gibt es einen hohen Bedarf an qualifizierten Fach- und Nachwuchskräften: Derzeit sind rund 29.000 offene Stellen bei der Agentur für Arbeit München (BA) gelistet, wobei der tatsächliche Bedarf weit höher liegen dürfte, da nur ein Bruchteil aller offenen Stellen der BA gemeldet werden. „Make it in Munich" setzt sich daher das Ziel, Drittstaatsangehörige bereits in den Herkunfts- oder Transitländern im Zuge einer geplanten und legalen Migration mit virtuellen Qualifizierungs- und Vorintegrationsangeboten auf ihrem Weg nach München zu unterstützen.
Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Für die Stadt und die Wirtschaft ist dieses Projekt eine Chance, Arbeitskräfte und Auszubildende zu gewinnen und auf ihrem Weg nach München zu unterstützen. Für Migrantinnen und Migranten wollen wir so eine Möglichkeit schaffen, ihre Migrationsentscheidung selbstbestimmt und vorbereitet zu treffen. So soll auch eine erfolgreiche und schnelle Integration in die Münchner Stadtgesellschaft und den Arbeitsmarkt gelingen."
Unter *www.make-it-in-munich.com* finden Migrantinnen und Migranten offizielle, mehrsprachige und umfassende Informationen über das Leben und Arbeiten in München. Die Website wird um ein Jobportal für Fach- und Nachwuchskräfte aus dem Ausland und die Anmeldemöglichkeit zum Programm erweitert. Als Partner unterstützen Münchner Arbeit, ReDi School of Digital Integration und die Münchner Volkshochschule das Projekt. Sie bringen ihr Fachwissen ein, um ein vielfältiges Unterstützungsangebot für die berufliche Integration zu schaffen – bereits lange vor einer möglichen Migration nach München. Die Münchner Arbeit gGmbH bietet virtuelle Veranstaltungen sowie Einzel- und Gruppenberatungen, etwa zum Thema „Umzug nach München" oder „Integration in den Arbeitsmarkt". Die Münchner Volkshochschule offeriert Online-Deutschkurse und die ReDI School of Digital Integration bietet IT-Kurse sowie Selbstlernmodule für den Erwerb der nötigen technischen und digitalen Kompetenzen.
Das Projekt wird durch Drittmittel aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU gefördert. Alle Angebote sind kostenlos und können von Drittstaatsangehörigen im Ausland vor dem Umzug nach München genutzt werden.
Weitere Informationen unter *www.make-it-in-munich.com* und auf *muenchen.de/mbq*.

Förderpreise der Stadt im Tanz- und Theaterbereich

(18.7.2024) Die Landeshauptstadt München vergibt alle zwei Jahre einen jeweils mit 8.000 Euro dotierten Förderpreis im Bereich Theater sowie im Bereich Tanz. Für bisherige Leistungen und ungewöhnliche künstlerische Positionen werden mit dem Förderpreis Theater die Regisseurin Verena Regensburger und mit dem Förderpreis Tanz die Tänzerin Sahra Huby ausgezeichnet. Die Vergabe hat der Kulturausschuss des Stadtrats auf Empfehlung einer Jury beschlossen.

Verena Regensburger zeichnet sich durch ein immens starkes Interesse am szenischen Erforschen unterschiedlicher Aspekte von Kommunikation aus. Prozesshaft tastet sie sich immer wieder an unterschiedliche gesellschaftliche Themen und deren Entwicklung auf der Bühne heran und spricht mit ihrem Theaterdiskurs unter Einbindung von Menschen mit Einschränkung eine inklusive Stadtgesellschaft an.

Die ausführliche Jurybegründung ist abzurufen unter *www.muenchen.de/foerderpreis-theater*.

Die Verleihung des Förderpreises Tanz an Sahra Huby ist nicht nur eine Anerkennung ihrer künstlerischen Exzellenz, sondern auch ihres bedeutenden Einflusses auf die Tanz-Community in München und darüber hinaus. Ihre Arbeit inspiriert, fördert den Dialog und trägt wesentlich zur Entwicklung einer lebendigen und dynamischen Tanzkultur bei.

Die ausführliche Jurybegründung ist abzurufen unter *www.muenchen.de/foerderpreis-tanz*.

Zeugnisfeier der MVHS für Mittel- und Realschüler*innen

(18.7.2024) 193 junge Menschen haben sich im Schuljahr 2023/2024 an der Münchner Volkshochschule (MVHS) auf die externen Abschlussprüfungen an Mittel- und Realschulen vorbereitet. Am Freitag, 19. Juli, 10 Uhr, nehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Lehrgänge aus den Bildungsmaßnahmen „Flüchtlinge in Beruf & Schule“ (FlüB&S), „Starten statt Warten“ und aus den Jahreslehrgängen der „nachholenden Schulabschlüsse“ ihre Abschlusszeugnisse im Rahmen einer Zeugnisfeier der MVHS im Festaal des Alten Rathauses entgegen.

Rund 70 Prozent der Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund und kommen aus 39 Herkunftsländern, darunter Afghanistan, Syrien, Irak, Ukraine und Griechenland. Deshalb wurden auch Lehrgänge mit Deutsch als Zweitsprache angeboten. Die meisten der Absolventinnen und Absolventen haben bereits einen Ausbildungsvertrag unterschrieben oder besuchen ab September eine weiterführende Schule.

Seit Jahren führt die MVHS mit großem Erfolg die Schulabschluss-Lehrgänge sowie die Bildungsmaßnahmen „FlüB&S“ und „Starten statt Warten“ durch. Die jungen Menschen werden ergänzend auch bei der Suche

nach einem Ausbildungsplatz oder beim Übergang in eine weiterführende Schule unterstützt. Derzeit bemühen sich wieder zahlreiche Jugendliche und junge Erwachsene um einen Platz in den neuen Lehrgängen ab September 2024.
Die Lehrgänge finden im Interimsquartier der MVHS im Gasteig HP8, Hans-Preißinger-Straße 4b, und in der Landwehrstraße 32a statt. Sie werden aus Mitteln des Referats für Bildung und Sport und des Amts für Wohnen und Migration, Teilnehmerbeiträgen sowie ergänzenden Mitteln des Landes Bayern finanziert.
Weitere Informationen zu den Lehrgängen im Schuljahr 2024/2025 telefonisch unter 48006-6771 und online unter *www.mvhs.de/schulabschluesse*.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Vortrag „Wohnungsanpassung für Menschen mit Demenz“
(18.7.2024) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen und der Volkshochschule SüdOst am Dienstag, 23. Juli, um 18.30 Uhr ein zum Vortrag „Wohnungsanpassung für Menschen mit Demenz“. Veranstaltungsort ist das Wolf-Ferrari-Haus, Rathausplatz 2, in Ottobrunn. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich unter *https://t1p.de/ualvj*.
Anpassungen im Wohnumfeld können ein wichtiger Baustein sein, um mit den Herausforderungen, die eine demenzielle Erkrankung mit sich bringt, besser zurecht zu kommen. Markus Reimann vom Kompetenzzentrum Barrierefreies Wohnen stellt vielfältige Anpassungsmöglichkeiten vor. Diese können genutzt werden, um ein Wohnumfeld zu schaffen, das den jeweils individuellen Bedürfnissen und Wünschen möglichst gut entspricht und so ein Optimum an Unterstützung bietet. Oft schon kleine Veränderungen können im Wohnumfeld den Alltag für Menschen mit Demenz in Hinblick auf Orientierung, Sicherheit und Wohlbefinden spürbar verbessern.
Weitere Infos online unter *veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum*, per E-Mail an bauzentrum@muenchen.de oder telefonisch unter 546366-0.

NS-Dokuzentrum lädt ein zum Gespräch „Arbeit und… Trauma“
(18.7.2024) Im NS-Dokumentationszentrum München, Max-Mannheimer-Platz 1, finden am Dienstag, 23. Juli, 19 Uhr, das Gespräch und die Lyrik-Lesung „Arbeit und… Trauma“ mit den Historikern Roland Borchers und Jakub Gałęziowski sowie dem Schriftsteller Matthias Nawrat statt. Die Veranstaltung beleuchtet die psychischen und körperlichen Wunden der polnischen Zwangsarbeiter*innen und deren Nachkommen in Polen und in Deutschland.
Während des Zweiten Weltkriegs mussten rund zwei Millionen Pol*innen in der deutschen Kriegsindustrie, in Großbetrieben, auf Bauernhöfen oder

bei Privatpersonen Zwangsarbeit leisten. Dieses NS-Verbrechen wurde in der deutschen wie polnischen Öffentlichkeit kaum thematisiert, die Personen wurden lange nicht als eine Opfergruppe anerkannt.
Die Teilnahme ist kostenfrei. Es ist keine Anmeldung notwendig. Infos zur Barrierefreiheit unter *www.nsdoku.de/barrierfreiheit*.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 18. Juli 2024

Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung – umsetzen anstatt reden
Antrag Stadträte Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 29.8.2023
Bürokratie abbauen – Prozesse optimieren
Antrag Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.1.2024

Personaluntergrenzen für Pflegepersonal im Zuständigkeitsbereich der München Klinken
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD) vom 23.4.2024

SEM Nordost: Fragen zur eingerichteten „Ombudsstelle“
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Fabian Ewald, Heike Kainz und Jens Luther (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 16.5.2024

Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung – umsetzen anstatt reden
Antrag Stadträte Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 29.8.2023
Bürokratie abbauen – Prozesse optimieren
Antrag Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 21.1.2024

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Nach §60 Abs.9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.
Mit Ihrem Antrag vom 29.8.2023 fordern Sie einen „Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung – umsetzen anstatt reden". Sie begründen diesen Antrag wie folgt: *„Auf allen staatlichen Ebenen nimmt selbstgeschaffene Bürokratie zu und verlängert Entscheidungsprozesse. Politiker aller Ebenen bekennen sich gerne wortreich, aber lediglich abstrakt, zum Abbau von Bürokratie. Selbst die aus kommunaler Sicht viel gescholtenen Ebenen von Bund und Ländern als Hauptverursacher von Bürokratiezunahme haben die Notwendigkeit zum aktiven Handeln erkannt und einen gemeinsamen Runden Tisch ins Leben gerufen. Dieser hat den Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung als Ziel. Davon unbenommen ist es den Kommunen grundsätzlich nicht untersagt, in eigener Zuständigkeit geschaffene Bürokratieanteile auch selbst wieder abzuschaffen, ohne dabei von geänderten Vorgaben von Bund und Land abhängig zu sein.*
Es wäre wünschenswert, wenn der Oberbürgermeister, der Stadtrat und die Verwaltung der größten deutschen Kommune mit dem Abbau von Bürokratie zur Prozessbeschleunigung im eigenen Zuständigkeitsbereich als leuchtendes Beispiel aktiv vorangehen würden."

Mit einem weiteren Antrag vom 25.1.2024 fordern Sie vom Oberbürgermeister „Bürokratie abbauen – Prozesse optimieren". Darin fordern Sie den Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung u.a. dazu auf, alle Referentinnen und Referenten anzuweisen, innerhalb eines Vierteljahres konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung, Optimierung und sprachlichen Vereinfachung von Prozessen zur Effizienzsteigerung im eigenen Haus zu unterbreiten. Auch diesen Antrag begründen Sie mit überbordender Bürokratie, zahlreichen zusätzlichen Regeln und Anforderungen, die sich die Verwaltung selbst auferlegt oder durch den Stadtrat auferlegt bekommt sowie mit ineffektiven Prozessen, welche die Verwaltung lähmen und unnötig Kapazitäten binden. Darüber hinaus verweisen Sie auf Auflagen, die

Antragstellern gemacht werden, die an der Realität und der Leistungsfähigkeit der Unternehmen vorbeigehen. Als Beispiel nennen Sie, dass ein in einer Parkbucht aufgestelltes Heizmobil mit einer Leuchtbarke gesichert und zweimal täglich durch das aufstellende Unternehmen kontrolliert werden muss.

Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art.37 Abs.1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Daher beantworte ich Ihren Antrag als Brief und darf Ihnen Folgendes dazu mitteilen:

Zu beiden Anträgen möchte ich zunächst einmal feststellen, dass ich Ihr Anliegen, Bürokratie abzubauen und Prozesse zu optimieren, teile. Wir haben in der Stadtverwaltung bereits eine effiziente Organisation hierfür etabliert:
Die Optimierung und Vereinfachung von Prozessen ist im Rahmen der Organisationshoheit der Referate und Eigenbetriebe deren laufende Aufgabe. Die zentrale Steuerung der stadtweiten Einführung des Geschäftsprozessmanagements (GPM) erfolgt im POR, konkret durch den Bereich GPM-Governance im Geschäftsbereich POR-5 „Organisation und Transformation". Durch optimierte und entbürokratisierte Prozesse soll die Basis für die Digitalisierung geschaffen werden.

Mit dem Beschluss zum GPM vom 29.6.2022 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 05733) wurde der Beschluss aus 2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 13507) hierzu bestätigt und weiter konkretisiert. Insofern bleibt auch der CSU-Stadtratsantrag „Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten" vom 16.8.2021 (20-26/A 01831) weiterhin aufgegriffen.

Darüber hinaus wurde eine regelmäßige Berichtsstruktur über die Fortschritte des stadtweiten Geschäftsprozessmanagements implementiert.

Im Antrag vom 29.8.2023 haben Sie fünf dezidierte Forderungen gestellt, zu denen ich Folgendes ausführen möchte:

Punkt 1:
Der Oberbürgermeister richtet in seinem Büro eine Fachstelle für Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung in kommunaler Zuständigkeit ein.

Antwort:
Die oben dargestellten etablierten Strukturen zur Optimierung und Weiterentwicklung der Prozesse in unserer Stadtverwaltung verfolgen die

Ziele, welche Sie in Ihrer Antragsbegründung anführen. Die Einrichtung einer weiteren Fachstelle, welche sich mit Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung befassen soll, würde dagegen das Bestreben nach Bürokratieabbau konterkarieren.

Punkt 2:
Jedes Referat der Landeshauptstadt München richtet im Bereich der Referatsleitung ohne zusätzliche VZÄ aus der eigenen Stellenbewirtschaftung eine Stelle ein, die sich ausschließlich mit Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung im Rahmen kommunaler Zuständigkeit im jeweiligen Referat beschäftigt.

Antwort:
Jedes Referat/jeder Eigenbetrieb verfügt in der heutigen Struktur über ein GPAM (Geschäftsprozess- und Anforderungsmanagement), das in der Regel bei der jeweiligen Geschäftsleitung angesiedelt und u.a. für die Optimierung und Vereinfachung der Prozesse in ihrem Bereich verantwortlich ist.

Darüber hinaus haben die Referate und Eigenbetriebe innerhalb der Geschäftsleitungen Expert*innen für Organisation und Controlling.

Punkt 3:
Der Stadtrat bildet einen Fachausschuss für Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung in kommunaler Zuständigkeit.

Antwort:
Die Organisationshoheit und die Verantwortung hierfür liegt bei den Referaten und Eigenbetrieben. Das POR berichtet im Rahmen seiner Steuerungsaufgabe dem Stadtrat jährlich über die Entwicklung/den Fortschritt des GPMs einschließlich Zielerreichung in der LHM. Ein eigener Fachausschuss, wie in Ihrem Antrag gefordert, steht konträr zum berechtigten Ziel „Bürokratieabbau".

Punkt 4:
Die Fachstelle für Bürokratieabbau zur Prozessbeschleunigung in kommunaler Zuständigkeit im OB-Büro berichtet dem Fachausschuss des Stadtrats vierteljährlich über die erzielten Ergebnisse der einzelnen Referate. Der Bericht soll konkrete Angaben zu den jeweiligen Prozessen und deren Beschleunigungspotential sowie konkrete Angaben zur Umsetzung dieser Beschleunigungen unter Angabe einer Zeitschiene enthalten.

Antwort:
Wie oben ausgeführt, sind in der Stadtverwaltung bereits eine effiziente Organisation für die Optimierung und Vereinfachung der Prozesse sowie eine regelmäßige Berichtsstruktur an den Stadtrat etabliert.

Punkt 5:
Oberbürgermeister und Stadtrat loben einen Wettbewerb unter städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. In diesem Wettbewerb werden erfolgreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau, auch finanziell, prämiert.

Antwort:
Zu jedem Thema, das in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt München liegt, kann ein Vorschlag u.a. zur Verbesserung von Prozessen und Leistungen beim Betrieblichen Vorschlagswesen (POR-5/S1, Ideenbörse) eingereicht werden. Unter den eingereichten Vorschlägen befinden sich schon heute viele, die eine Effizienzsteigerung im Zusammenhang mit Bürokratieabbau und Prozessbeschleunigung zum Inhalt haben und prämiert werden.

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass es zwingende Gründe der Verkehrssicherheit gibt, wenn Auflagen an die Aufsteller*innen von Heizmobilen erteilt werden. Wenn Sie hier begründete Zweifel in einem konkreten Fall haben, können Sie mir diese gerne zukommen lassen. Dann gehe ich dem Vorgang nach.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheiten damit abgeschlossen sind.

Personaluntergrenzen für Pflegepersonal im Zuständigkeitsbereich der München Klinken
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD) vom 23.4.2024

Antwort Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:
„Gemäß den Vorgaben des Bundesgesundheitsministeriums sind in den einzelnen klinischen Fachbereichen Personaluntergrenzen für Pflegepersonal vorgegeben. Allerdings zeigt die Praxis, dass vorgegebene Personaluntergrenzen z.B. auf kardiologischen Stationen (Nachtdienst mit einer Pflegekraft für 22 Patienten) oft über die Grenzen der der physischen und psychischen Belastbarkeit des Personals hinausgehen. So finden sich dort häufig postoperative, überwachungspflichtige, demente oder moribunde Patienten auf einer Station gemeinsam wieder. Insgesamt gefährdet dies die Sicherheit der Patientenversorgung und führt zudem zu einer psychischen und physischen Überlastung des Pflegepersonals.“

Herr Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Ich beziehe die Fragen auf die Beteiligungsgesellschaft München Klinik gGmbH. Die in der Anfrage gestellten Fragen betreffen das operative Geschäft der München Klinik. Daher beantworte ich die Fragen unter Berücksichtigung der Stellungnahme der München Klinik gGmbH wie folgt:

Frage 1:
Wo liegen die dokumentierten Durchschnittswerte der einzelnen Stationen bzgl. der jeweiligen Personaluntergrenzen?

Antwort:
Erzielte Durchschnittswerte der Stationen für Monat März 2024:
- Monatsdurchschnitt Tagesschichten zwischen 1,033 und 9,093 Vollzeitkräfte (VK)
- Monatsdurchschnitt für Nachtschichten zwischen 1,235 und 20,086 VK

Der Monatsdurchschnitt bildet alle Stationen ab. Die einzelnen Stationen zeichnen sich durch unterschiedliche Stationsgrößen, Fachrichtungen und Bedarf an Fachpflege aus. Die Vorgaben der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) werden eingehalten. Der Anspruch der München Klinik ist, pflegebedarfsgerecht Fachpflege einzusetzen.

Frage 2:
Haben die Wirtschaftsprüfer diese Werte für die Jahre 2021 bis 2023 zertifiziert?

Antwort:
Die Bescheinigungen der Wirtschaftsprüfer*innen über den Nachweis zum jährlichen Erfüllungsgrad der Pflegepersonaluntergrenzen gem. §137i SGB V liegen für die Jahre 2021 bis 2023 vor.

Frage 3:
In welcher Höhe gab es Vergütungsabschläge aus Nichteinhalten von Personaluntergrenzen in den Jahren 2021 bis 2023?

Antwort:
Für das Jahr 2021 betrugen die Sanktionszahlungen 107.517 Euro, für das Jahr 2022 131.947 Euro. Für das Jahr 2023 kann noch kein Betrag genannt werden, die Zahlen werden derzeit ermittelt.

Frage 4:
Gibt es ein Personalkontingent („Springer") für Notfälle?

Antwort:
Es gibt seit vielen Jahren ein Personalkonzept, welches den „Springer"-Gedanken verfolgt und als „Flexpool" in der München Klinik etabliert ist. Dieses Konzept ist vorrangig auf längerfristigen Personalausfall ausgelegt, wird aber auch für kurzfristige Ausfälle genutzt.

Frage 5:
Inwieweit werden Pflegehelfer und/oder Reinigungskräfte zur Unterstützung der Vollzeitpflegekräfte eingesetzt?

Antwort:
In der München Klinik werden zur Unterstützung der Fachpflege (Pflegefachkräfte mit dreijähriger Ausbildung) bei Patient*innennahen Tätigkeiten rechtskonform einjährig examinierte Pflegefachhelfer*innen eingesetzt, die in der Grundpflege hervorragend unterstützen und zur Verbesserung der Pflegequalität beitragen können. Für pflegefremde Tätigkeiten werden je nach Aufgabe und mit teilweise stationsübergreifenden Zuständigkeiten unterstützende Tätigkeitsprofile wie Servicekräfte, Versorgungsassistent*innen und Stationsassistent*innen am Versorgungsprozess beteiligt. Reinigungskräfte werden entsprechend der Leistungsbeschreibung für Reinigungsarbeiten eingesetzt.

Frage 6:
Wäre es nicht sinnvoller, zusätzliche Gelder für die Erhöhung der Patientensicherheit freizumachen, z.B. durch Streichung…:
- *der „Fachstelle für Demokratie"?*
- *der Mittel für das „a.i.d.a.-Archiv"?*
- *der Mittel für das „Demokratiemobil"?*
- *weiterer Maßnahmen und Projekte dieser Art?*

Antwort:
Für die MüK steht die Qualität und die Patient*innensicherheit an oberster Stelle. Die finanziellen Unterstützungsleistungen durch die Trägerin sichern Qualität- und Patient*innensicherheit umfänglich.
Maßnahmen, wie z.B. die „Fachstelle für Demokratie", das „a.i.d.a.-Archiv" und das „Demokratiemobil" erfüllen wichtige Bedarfe, die mittelbar zur Patient*innensicherheit beitragen.

SEM Nordost: Fragen zur eingerichteten „Ombudsstelle“
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Fabian Ewald, Heike Kainz und Jens Luther (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 16.5.2024

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 16.5.2024 haben Sie gemäß §68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
*„Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat Mitte April 2024 eine externe ‚Ombudsstelle für Grundstückseigentümer*innen‘ im Münchner Nordosten eingerichtet (https://stadt.muenchen.de/infos/zukunftsquartier-muenchner-nordosten.html).*
*Die Kanzlei soll demnach ‚neutral, sachkundig sowie insbesondere vermittelnd tätig werden und einen produktiven Ablauf der Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt München und den Eigentümer*innen fördern.‘ Mit dieser Aufgabe beauftragt wurde nach Mitteilung des Referats die Anwaltskanzlei Tandler & Partner. Aus den Reihen der von der SEM Nordost betroffenen Eigentümer ist zu vernehmen, dass dies auf deutliche Kritik stößt. Insbesondere aufgrund der langjährigen, engen Kontakte des beauftragten Rechtsanwalts zum Oberbürgermeister, seinem Amtsvorgänger und führenden Personen der Sozialdemokratie wird vor Ort massiv bezweifelt, dass die Kanzlei für die Aufgabe einer neutralen und unabhängigen Beratung und Begleitung des Verfahrens im Sinne der Eigentümer wirklich geeignet ist. Dass inzwischen offenbar ein langjähriger Stadtdirektor des Referats für Stadtplanung und Bauordnung mit demselben parteipolitischen Hintergrund für die Kanzlei tätig ist, verstärkt diesen Eindruck noch.“*

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Oberbürgermeister:

Frage 1:
Halten es der Oberbürgermeister und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung für realistisch, dass von der SEM Nordost betroffene Eigentümer ihre eigenen Interessen von einer von der Landeshauptstadt München beauftragten und bezahlten Kanzlei vertreten sehen und diese als neutrale Beratungsstelle wahrnehmen?

Antwort:
Es war eine bewusste Entscheidung des Stadtrates, eine externe Ombudsstelle, losgelöst von einer ohnehin zur Verfügung stehenden Beratung

durch die Stadtverwaltung, einzurichten. Für diese Aufgabe hat der Stadtrat Mittel in Höhe von 100.000 Euro brutto bewilligt.
Seitens des Referates für Stadtplanung und Bauordnung wurde das Angebot einer Ombudsstelle geschaffen, um den betroffenen Eigentümer*innen im Münchner Nordosten eine zusätzliche Möglichkeit zu bieten, ihre Interessen angemessen einzubringen und sich über den Verfahrensstand und mögliche Auswirkungen auf ihr Grundstücke durch einen Dritten informieren zu lassen. Letztlich obliegt es aber natürlich der Entscheidung der einzelnen Eigentümer*innen, dieses Angebot anzunehmen.

Frage 2:
Wie viele Eigentümer haben bisher das Angebot einer Erstberatung durch die beauftragte Kanzlei in Anspruch genommen, wie viele wurden darüber hinaus weitergehend beraten? Wie viele potenziell betroffene Flächeneigentümer gibt es im Umgriff des Entwicklungsgebiets insgesamt?

Antwort:
Die Ombudsstelle kann erst seit April 2024 von Eigentümer*innen zur Vereinbarung von Erstberatungen kontaktiert werden. Bisher haben zwei Eigentümer*innen (Stand: 24.6.2024) das Angebot einer Erstberatung durch die Ombudsstelle wahrgenommen. Jede/r Eigentümer*in im Untersuchungsumgriff hat die Möglichkeit, eine max. zweistündige Erstberatung in Anspruch zu nehmen. Eine weitergehende Beratung durch die Ombudsstelle ist derzeit nicht vorgesehen. Nach derzeitigem Stand gibt es ca. 525 Eigentümer*innen im Umgriff der Vorbereitenden Untersuchungen im Münchner Nordosten.

Frage 3:
Verfügt die Kanzlei über einschlägige Erfahrung mit derartigen Projekten, hat sie insbesondere schon einmal eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme mit einer Vielzahl an Eigentümern begleitet?

Antwort:
Im Rahmen der Wertungskriterien der Ausschreibung und Vergabe wurde die Erfahrung des mit der Ausführung beauftragten Personals beim Bieter abgefragt. Die Kanzlei hat im durchgeführten Vergabeverfahren glaubhaft dargelegt, bereits Mandanten bezüglich Auswirkungen von Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) beraten zu haben und hat darüber hinaus noch weitere ähnliche Aufgabengebiete (u.a. Sanierung, Dorfentwicklung) als Referenzen benannt.

Frage 4:
Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der beauftragten Kanzlei? Aus welchem Grund wurde sich gerade für diese Kanzlei entschieden, hätte es Alternativen mit weniger Verflechtungen zur Stadtpolitik gegeben?

Antwort:
Die in der Vergabe ausgeschriebenen Wertungskriterien waren Preis, Erfahrung des mit der Ausführung beauftragten Personals, Mitarbeiter*in mit abgeschlossener Mediationsausbildung und Organisation des Personals.

Eine erste Ausschreibung blieb leider ohne Erfolg. In einer zweiten Ausschreibung hat sich die Kanzlei Tandler & Partner dann als einzige Kanzlei beworben und erfüllt nach sorgfältiger Prüfung durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Wertungskriterien.

Frage 5:
Wie wird gewährleistet, dass die Kanzlei die Interessen der Eigentümer gegenüber der Landeshauptstadt München wirklich unabhängig und neutral vertritt?

Antwort:
Eigentümer*innen können sich auf ihren Wunsch hin anonym und ohne Protokollierung der angesprochenen Themen beraten lassen. Auch nach Abschluss des Auftrages übergibt die Kanzlei anonyme Vorgänge nicht an die betreffende Fachdienststelle beim Referat für Stadtplanung HA II/6, sondern übermittelt diese lediglich für evtl. Revisionsverfahren an eine andere Abteilung der Hauptabteilung II.

Frage 6:
Bewertet das Referat für Stadtplanung und Bauordung das Vorgehen nach jetzigem Stand als Erfolg?

Antwort:
Die Ombudsstelle hat erst im April 2024 ihre Arbeit aufgenommen, so dass aktuell noch keine fundierte Aussage getroffen werden kann. Es ist aus Sicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung jedoch als erfreuliches Zeichen zu werten, dass es nach der Auftaktveranstaltung im Münchner Nordosten mit Vorstellung der Ombudsstelle für die Eigentümer*innen am 19.4.2024 bereits erste Interessensbekundungen und auch Beratungsanfragen gab. Daher bleibt zu hoffen, dass das zunächst für ein Jahr geltende Angebot der Ombudsstelle in den nächsten Wochen und Monaten einen regen Zuspruch der betroffenen Eigentümer*innen im Untersuchungsumgriff erfährt. Sollte dies der Fall sein, kann das Angebot um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 18. Juli 2024

Einrichtung eines Expressbusses für die bessere Anbindung des Klinikums Harlaching
Antrag Stadtrats-Mitglieder Judith Greif, Sofie Langmeier, Thomas Niederbühl, Clara Nitsche, Angelika Pilz-Strasser, Dr. Florian Roth, Florian Schönemann, Christian Smolka, David Süß, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Kathrin Abele, Simone Burger, Nikolaus Gradl, Anne Hübner, Christian Köning, Barbara Likus, Lena Odell, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knor, Christian Vorländer (SPD/Volt-Fraktion), Stefan Jagel, und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Krieg in Nahost: Geschützte Dialog-Räume ermöglichen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 18.07.2024

Einrichtung eines Expressbusses für die bessere Anbindung des Klinikums Harlaching

Antrag

Für die bessere Erreichbarkeit des Klinikums Harlaching für alle Menschen aus dem Münchner Osten werden das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Mobilitätsreferat und die MVG gebeten zu untersuchen, wie insbesondere eine direkte ÖPNV-Verbindung zwischen Neuperlach und Harlaching umgesetzt werden kann. Dies soll für das kommende Leistungsprogramm vorgeschlagen werden. Vorstellbar ist die Einrichtung eines Expressbusses insbesondere zu Besuchszeiten sowie zu Beginn und zum Ende der Dienstzeiten des Klinikums.

Begründung:

Bisher gibt es nur wenige öffentliche Verkehrsmittel, die Harlaching und Neuperlach miteinander verbinden. Die Wege sind lang und umständlich, was gerade für ältere Menschen und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen eine große Herausforderung darstellt.

Auch für Mitarbeitende würde ein Expressbus eine schnelle und zuverlässige Anbindung bieten. Viele der Mitarbeiter*innen der Kliniken Neuperlach und Harlaching müssen täglich zur Arbeit pendeln. Bisher gestaltet sich dies oftmals schwierig und zeitaufwendig, da die öffentlichen Verkehrsmittel nur unzureichend verfügbar sind. Zudem ist eine gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes für viele Arbeitnehmer*innen ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Arbeitgebers.

Ein Expressbus zwischen den Stadtteilen Neuperlach und Harlaching würde die Anbindung an das Klinikum Harlaching deutlich verbessern. Die Fahrtzeit könnte erheblich reduziert werden, da der Bus direkt zum Klinikum fahren würde. So könnten

Patienten und Mitarbeitende schnell und sicher an das Klinikum gelangen, ohne dass wertvolle Zeit verloren geht.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste	**SPD/Volt-Fraktion**	**Die Linke / Die PARTEI**
Angelika Pilz-Strasser	Klaus Peter Rupp	Stefan Jagel
David Süß	Barbara Likus	Brigitte Wolf
Judith Greif	Kathrin Abele	
Sofie Langmeier	Simone Burger	
Thomas Niederbühl	Julia Schönfeld-Knor	
Clara Nitsche	Anne Hübner	
Sebastian Weisenburger	Christian Köning	
Christian Smolka	Christian Vorländer	
Florian Schönemann	Lena Odell	
Dr. Florian Roth	Nikolaus Gradl	
Mitglieder des Stadtrates	Mitglieder des Stadtrates	Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

Die Linke
Die PARTEI
Stadtratsfraktion München

München, 17. Juli 2024

Antrag

Krieg in Nahost: Geschützte Dialog-Räume ermöglichen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Reiter eine Veranstaltungsreihe zum Themenkomplex „Krieg in Nahost" zu organisieren. Die Veranstaltungen sollen in Form offener Dialoge stattfinden und verschiedenen Perspektiven auf den Konflikt und die damit verbundenen Ängsten und Auswirkungen auf das Leben in München einen Raum geben. Ziel dieser Veranstaltungsreihe soll es sein, einen geschützten Raum für die unterschiedlichen Perspektiven zu bieten.

Die Veranstaltungsreihe soll Dialogveranstaltungen, aber auch Kulturveranstaltungen einbeziehen. Die Kulturveranstaltungen sollen einen Austausch zu dem Thema, durch z.B. Konzerte, Ausstellungen und/oder Lesungen ermöglichen. Mit der Organisation der Veranstaltungen auf kultureller Ebene wird das Kulturreferat beauftragt.

Des Weiteren wird das Bildungsreferat beauftragt, sogenannte Tandem-Gespräche an Schulen anzubieten. Dabei stellt ein zweiköpfiges Team sowohl die israelische als auch die palästinensische Sichtweise dar. Das Ziel dieser Tandem-Gespräche ist es, Schüler*innen für die verschiedenen Perspektiven und damit verbundenen Emotionen zu sensibilisieren.

Begründung
Die Fronten im Nahost-Konflikt sind verhärtet und unversöhnlich. Damit einhergehend wird auch die Gesprächskultur in Deutschland zunehmend feindseliger. Die Betroffenen des Konfliktes sind traumatisiert, verletzt und wütend. Bei all den schrecklichen Vorfällen, die in Israel/Palästina im letzten Jahr passiert sind dürfen wir allerdings nicht aus dem Auge verlieren, dass eine respektvolle Gesprächskultur die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben ist.
Aus verschiedenen Zusammenhängen mehren sich Rückmeldungen, dass Gespräche abgebrochen werden (z.B. muslimisch-jüdische Dialoge); dass Lehrkräfte auf sich allein gestellt sind, wie sie mit dem Thema umgehen können; dass dort, wo keine Debatte stattfindet, welche beide Seiten des Konfliktes ausgewogen beleuchtet, Vorurteile rapide zunehmen und die Konflikte eskalieren. Als Folge sehen wir eine Zunahme von sowohl Antisemitismus als auch Muslimfeindlichkeit in der Münchner Stadtgesellschaft. Es braucht jetzt dringend Räume, um diesen Prozess umdrehen zu können. Denn wir werden das Problem nicht durch Sprechverbote in den Griff bekommen*, sondern durch die Schaffung von Räumen und Aktionsfeldern, in denen ein Austausch auf Augenhöhe möglich ist.

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Hierzu gibt es auch pädagogische Empfehlungen und Forderungen verschiedener Lehrer*innen-Verbände wie dem MLLV.

Damit Gesprächsteilnehmer*innen nicht entmenschlicht werden, ist es wichtig, auf das Leid, die Ängste und die Wut, die sich bei den Betroffenen angestaut haben, Rücksicht zu nehmen und sich gegenseitig mit möglichst viel Empathie und Verständnis zu begegnen. Dieser Prozess ist durch erfahrene Moderationen und anderes geschultes Fachpersonal zu begleiten.
Bereits bestehende Initiativen und Projekte in diesem Kontext müssen von der Stadtpolitik vehement unterstützt und ausgebaut werden.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadtrat Thomas Lechner

* siehe dazu und als Hintergrundinformation auch den Artikel von Bernd Kastner in der SZ vom 16.7. mit dem Titel „Tappt München in die Antisemitismus-Falle?" https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-antisemitismus-pro-palaestina-gericht-lux.QxJeR6tXCNofkzRq4QSFSp

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 18. Juli 2024

Gute Nachrichten für MVV-Kunden: Gesellschafter stimmen für Fortführung des Deutschlandtickets bis zum Jahresende und für die nächste Verbundraumerweiterung
Pressemitteilung MVV

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Pressemitteilung

MVV | Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH

Pressestelle

Postfach 26 01 54, 80058 München
Thierschstraße 2, 80538 München

Tel.: (089) 210 33 - 224
Fax: (089) 210 33 - 288

E-Mail: presse@mvv-muenchen.de
Web: www.mvv-muenchen.de

München, 17. Juli 2024

Gute Nachrichten für MVV-Kunden: Gesellschafter stimmen für Fortführung des Deutschlandtickets bis zum Jahresende und für die nächste Verbundraumerweiterung

Die Gesellschafter der MVV GmbH haben in ihrer heutigen Sitzung im Münchner Rathaus für eine Fortführung des Deutschlandtickets bis zum 31. Dezember 2024 gestimmt. MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch spricht von einer guten Nachricht für alle Fahrgäste. "Bund und Länder müssen sich jedoch dringend Gedanken über eine Finanzierung über das Jahr 2025 hinaus machen, am besten auf die nächsten zehn Jahre, damit das Ticket dauerhaft gesichert ist und sich sowohl unsere Kundinnen und Kunden als auch die Branche entsprechend drauf einstellen können.“ sagte Rosenbusch.

Ausschlaggebend für die MVV-Gesellschafter, die Weiterführung des Deutschland-Tickets bis zum Jahresende zu beschließen, war, dass eine ausreichende neue Finanzierungszusage durch Bund und Freistaat erfolgt und kein Ausgleich tariflicher Mindereinnahmen für das Deutschland-Ticket durch die Aufgabenträger im MVV erfolgen muss. Die Bundesregierung hat in der neuen Gesetzesvorlage zur Änderung des Regionalisierungsmittelgesetzes diese Finanzierungszusage angestoßen.

Deutschland-Ticket kommt gut an
Das Deutschland-Ticket ist für die Fahrgäste ein sehr gutes und einfaches Ticket. Eine aktuelle Marktforschung geht davon aus, dass 36 Prozent aller Menschen in München ab 14 Jahre ein Deutschlandticket haben. In Summe geht der MVV von bis zu einer Million Tickets aus, allein die MVV-Unternehmen verkaufen knapp 700.000 Stück, dazu kommen noch Verkäufe der DB.

„Aus den Marktforschungen wissen wir, dass Kunden mit Deutschlandticket häufiger das Auto stehen lassen, das ist ein Gewinn für die gesamte Region.“ so **MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch**.

Gesellschafter stimmen für 2. Welle der Verbundraumerweiterung
In ihrer Sitzung haben die MVV-Gesellschafter außerdem die Integration der Landkreise Landsberg am Lech und Weilheim-Schongau mit ihren Gemeinden in den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund zum 01.01.2025 beschlossen, ebenso wird die Bahnstrecke zwischen Dorfen und Markt Schwaben zum 01.01.2025 Teil des MVV.

Oberbürgermeister Dieter Reiter, der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung: „Das Deutschlandticket kommt gut an und macht die Fahrt mit dem MVV nicht nur günstiger, sondern auch einfacher. Deshalb haben wir heute beschlossen, das Ticket bis zum Ende des Jahres auf jeden Fall weiter anzubieten. Das ist erst mal eine gute Nachricht für unsere Kund*innen! Wie es danach weitergeht, hängt maßgeblich von der Finanzierung durch den Bund ab. Und wir haben heute auch beschlossen, unseren Verkehrsverbund erneut zu erweitern. Das ist genau der richtige Schritt, wenn wir von Mobilitätswende sprechen. Denn von der 2. Welle der Verbundraumerweiterung profitieren alle – nicht nur die Menschen in den Landkreisen Weilheim-Schongau und Landsberg am Lech, sondern auch die Münchnerinnen und Münchner, die ab Januar 2025 nicht mehr darüber nachdenken müssen, ob sie dort noch mit dem richtigen Ticket unterwegs sind. Künftig gehört das alles zum MVV-Verbundraum, und wir arbeiten auf Hochtouren daran, weiter zu wachsen – unter anderem bis in den bei Tagestouristen wie Urlaubern so beliebten Landkreis Garmisch-Partenkirchen.“

Durch den Beitritt der Landkreise Weilheim-Schongau und Landsberg am Lech kommen rund 260.000 Einwohner zusätzlich zum MVV-Verbundraum hinzu.

Ein gemeinsamer Tarif und **eine übergreifende Fahrplanauskunft** machen die Nutzung von Bus und Bahn sehr viel fahrgastfreundlicher, zum Beispiel:

- künftig nur noch **eine Fahrkarte** notwendig,
- Umfassende Vertriebsangebote - vom Verkauf beim Busfahrer bis zum Handyticket,
- ab dem Jahr 2025 ein „Check-in-Check-out-Verfahren,
- verkehrsmittelübergreifende Auskunft in Echtzeit,
- sowie ein übergreifender Kundendialog.

Auf https://www.mvv-muenchen.de/deutschlandticket finden Fahrgäste Informationen zum Abschluss des Deutschlandticket-Abonnements sowie weitere Informationen rund um den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund MVV. •